Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 175. Sonntag den 24. Juni 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, am 27. Juni 1883, Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Bericht des Finanzausschusses über a. den Abschluß des Stammvermögens auf das Jahr 1880; b. Befreiung des deutschen Reichsfiscus von der zu zahlenden Grunderwerbssteuer und des Armencassenbeitrages für den für das Reichsgerichtsgebäude erkauften Platz; c. Gewährung einer Subvention für Sanitätswachen an den Samariterverein; d. Einstellung von 1000 M in das Budget wegen des zu garantirenden Honorars für nächtliche Hülfeleistung der Aerzte.

II. Bericht über die Vorlage, Abänderung und Vermehrung der Beleuchtungsanlagen auf dem Westplatze betr.

III. Bericht des Bau-, Stiftungs- und Finanzausschusses über Verwerthung der Parzelle Nr. 4 an der Sternwartenstraße, resp. Reparaturen an dem dort befindlichen Schuppen.

IV. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über Entschädigung des von Herrn Apotheker Krause zum Naundörfer Steinwege abzutretenden Areals.

V. Bericht des Bauausschusses über Herstellung der Verbindung des in der Südstraße liegenden Wasserrohrstranges mit der Steigeleitung.

VI. Bericht des Stiftungsausschusses über Kostenbewilligung für Untersuchung und Begutachtung der Heizanlagen im Krankenhause.

VII. Bericht des Schulausschusses über: a. die Rechnung der Nicolaischule pro 1881; b. die Rechnung der Realschule I. O. pro 1881; c. die Rechnung der höheren Schule für Mädchen pro 1881; d. die Rechnung der Gewerbschule pro 1881; e. die Rechnungen der Volksschulen pro 1878, 1879 und 1880.

Bekanntmachung.

Da die Ausschreitungen bei der Johannisfeier im Johannisthale von Jahr zu Jahr zahlreicher und bedenklicher geworden sind, haben wir in Gemäßheit eines von einer großen Anzahl von Gartenpächtern an uns gerichteten Gesuches beschlossen,

Erlaubniß zur Errichtung von Schankzelten und zum Betriebe des Schankgewerbes sowie zur Aufstellung von Verkaufsständen irgendwelcher Art im Johannisthale für den Johannistag nicht mehr zu ertheilen, auch die Abhaltung von Musik auf die Stunden von 5 bis 7 Uhr Vormittags und 4 bis 7 Uhr Nachmittags zu beschränken.

Indem wir diese Beschlüsse zur öffentlichen Kenntniß bringen, weisen wir die **Gartenpächter** darauf hin, daß **das Verbot, das Schankgewerbe in ihren Gärten auszuüben, auch für den Johannistag gilt,** erinnern auch an die Strafbestimmungen in §. 367,8 und 368,7 des deutschen Strafgesetzbuchs, wonach **das unbefugte Schießen mit Feuergewehr oder anderem Schießwerkzeuge oder das Abbrennen von Feuerwerkskörpern an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen** mit **Geldstrafe** oder **Haft** bestraft wird. Gegen die Gartenpächter, welche diesen Verboten zuwiderhandeln, würden wir uns außerdem veranlaßt sehen, von dem Kündigungsrechte Gebrauch zu machen.

Leipzig, den 18. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.
Das Polizeiamt.
Bretschneider. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die Klempnerarbeiten **zum Erweiterungsbau des Museums** sind in Submission zu vergeben.

Wir bitten, bezügliche Offerten unterschrieben, versiegelt und mit der Aufschrift **„Museumsbau"** bis **zum 27. dss. Mts., Nachmittags 5 Uhr,** bei unserem Bauamte einzureichen, woselbst auch die Bedingungen und Blanquets zu den Offerten zu entnehmen sind.

Entschließung bezüglich der eingegangenen Offerten behalten wir uns vor.

Leipzig, am 21. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempnermeister

Herr **Eduard Enders** hier, Weststraße 90,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 22. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wolfrom.

Bekanntmachung.

Die Herstellung eines 2,0 Meter breiten Fußwegs von Mosaiksteinen von der Baracke VIII bis Baracke XII in dem Grundstücke des städtischen Krankenhauses soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Mosaikpflaster im Grundstück des Krankenhauses"
wolle man ebendaselbst und zwar bis zum **27. Juni d. J., Nachmittags 5 Uhr,** einreichen.

Leipzig, am 22. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die **Eisenconstructionsarbeiten** (Träger, Anker rc.) an dem Neubau der VIII. Bezirksschule sollen vergeben werden. Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können auf dem Bauamt (Rathhaus, 2. Etage Nr. 5) entnommen werden. Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „8. Bezirksschule" bis zum 28. Juni Nachm. 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 21. Juni 1883.

Die Baudeputation des Raths.

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassenquittungsbuches Serie II Nr. 73,982, sowie des von unserem III. Filial gleichfalls als verloren angezeigten Interimsscheins über das Sparcassenbuch Serie II Nr. 69,771 werden hierdurch aufgefordert, sich damit binnen 3 Monaten und längstens am 25. September d. J. zur Nachweisung ihres Rechtes, bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Belohnung bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß den angemeldeten Verlustträgern nach erfolgter Beeidigung ihrer Anzeige, und zwar Ersterem der Inhalt des Buches ausgezahlt, Letzterem das Buch selbst ausgehändigt werden wird.

Leipzig, den 22. Juni 1883.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Nichtamtlicher Theil.

Rußlands Zukunft.

„Reformen" lautet das Zauberwort, welches seine Kraft mit unwiderstehlicher Beharrlichkeit von nun an beweisen wird. Alexander III. mag noch so hartnäckig an dem Bestehenden festhalten, ja sogar das Heil der Zukunft in dem Zurückgreifen auf uralte Ueberlieferungen erblicken, das sind nur schwache Versuche, Nothbehelfe, um über die Schwierigkeiten der Lage einen Schleier zu breiten. Die Vorbereitungen zur Krönung und diese Feier selbst mit allem Zubehör konnten die schweren Sorgen, welche Rußlands Kaiser bedrücken, wohl auf Monate in den Hintergrund drängen, jetzt werden sie sich um so eindringlicher bemerkbar machen und gebieterisch Abhilfe erheischen. Alexander III. findet seine augenblickliche Befriedigung darin, daß Rußlands Beziehungen zu den auswärtigen Mächten gut sind und eine Aera des Friedens eröffnen, er verdankt das zum großen Theil der klugen und glücklichen Politik des Ministers v. Giers und deshalb steht dieser Minister bei ihm in hoher Gunst, ihn hat er vor allen Würdenträgern bei der Krönung am meisten ausgezeichnet. Der Zar hat es auch mit besonderer Genugthuung aufgenommen, daß ihm das Ausland bei der Krönung einmüthig seine Sympathien kund gegeben hat, daß die Botschafter aller Großmächte in Europa, Asien und Amerika gekommen waren, um Zeuge der Feier zu sein und daß selbst der Vertreter des Papstes dabei nicht gefehlt hat. Die Machtstellung Rußlands ist nie zuvor in gleichem Glanz erschienen, nie zuvor war Moskau Zeuge ähnlicher Feste. Aber Pracht und Glanz sind vergänglich und sie vermögen nicht Ersatz zu bieten für schwere Schäden, an welchen das Ganze krankt. Das war der Sinn der Rede des Moskauer Stadtoberhauptes, des Bürgermeisters von Tschitscherin, und daß dieser Mann in einem so bedeutenden Augenblick an einem weithin sichtbaren Platze und bei einem Anlaß, welcher die Blicke der ganzen Welt auf den Sprecher richtete, den Muth hatte, dem Kaiser zu sagen, was Rußland Noth thue, das gereicht dem Manne zu höchster Ehre und wird nicht ohne heilsame Folgen bleiben. Alexander III. wurde in Moskau mitten in dem strahlenden Glanz der Krönungsfeier kund, daß es nicht genüge, wenn Rußlands Machtstellung vom Auslande geachtet und anerkannt wird, sondern daß diese Macht nur Aussicht auf Dauer habe, wenn sie durch die Festigkeit der inneren Einrichtungen getragen und gesichert wird. Und diese Einrichtungen sind durch und durch faul. Rußland ist ein Koloß, der auf thönernen Füßen ruht, und seinem Verfall rettungslos entgegen geht, wenn nicht bald der Weg gefunden wird, um ihm Einhalt zu thun. Aber was soll geschehen? Wie lautet der Weisheitsspruch, den Alexander III. zur Richtschnur wählen soll? Die Nihilisten verlangen nach einer Verfassung und Tschitscherin scheint auf etwas Aehnliches hinzudeuten. Aber wenn etwa die Schwierigkeit, in Rußland eine Verfassung einzuführen, vor der Krönung noch als besiegbar erscheinen konnte, der Krönungsact selbst und der ganze Verlauf der Feier haben gezeigt, daß die Vorbedingungen für eine Verfassung in Rußland zur Zeit noch fehlen. Aber gerade die Thatsache, daß die große Masse des russischen Volkes noch auf einer sehr niedrigen Stufe der Entwicklung steht, daß ein auffallendes Mißverhältniß zwischen den höhern Schichten der Gesellschaft und dem eigentlichen Volke vorhanden ist, beweist die Nothwendigkeit tief greifender Reformen. Die herrschende Classe, welche im Besitz der Aemter und des Grund und Bodens ist, hat ein Interesse daran, die Dinge auf dem Punct zu belassen, auf dem sie sich befinden, oder sie glauben wenigstens, daß jeder Fortschritt, jede Reform ihrem Einfluß Schaden bringen muß. Das ist ein großes Hinderniß für einen Umschwung, und das Hinderniß ist um so größer, weil frühere Reformversuche nicht den gehofften Erfolg gehabt haben. Es gilt, die große Masse des Volkes in Rußland in die allgemeine Entwickelung hineinzuziehen, die Kluft, welche zwischen den begüterten und einflußreichen Russen einerseits und dem Volke andererseits besteht, auszufüllen oder doch zu verengern. Und dazu müssen die geeigneten Männer gefunden werden, welche Herz und Verstand genug besitzen, um das, was Noth thut, selbstlos und mit Energie durchzuführen. In einem Lande, wo die Corruption das Beamtenthum so vollständig ergriffen hat, wie in Rußland, ist das schwer, unendlich schwer, aber unmöglich ist das nicht, denn sonst gäbe es für Rußland überhaupt keine Rettung. Tschitscherin ist einer von den Männern, welche ein warmes Herz für ihr Vaterland haben und so wie er ist, giebt es unzweifelhaft noch viele in Rußland. Wenn es diesen Männern gelingt, zu Worte zu kommen und sich Bahn zu brechen bis zu den Stufen des Thrones, dann ist Hoffnung vorhanden, daß die Reformbewegung am dem rechten Ende angefaßt wird.

Die Hauptklippe, an welcher aller guter Wille der russischen Patrioten scheitern müßte, ist der Panslavismus, diese Klippe muß also das Hauptaugenmerk bilden für Alle, welche es mit Rußlands Zukunft gut und aufrichtig meinen. Alexander III. ist ein Verehrer der alten Ueberlieferungen, sein Auge ruht mit Wohlgefallen auf den Wahrzeichen, welche auf die Vergangenheit Rußlands zurückweisen. Nun diese Wahrzeichen sind zum Theil furchtbarer und schrecklicher Art, wie Alles, was an die Regierung Iwans des Schrecklichen erinnert, der Rothe Platz in Moskau, wo die Widersacher des Zaren, auch die vermeintlichen, unter entsetzlichen Qualen zu vielen Tausenden hingerichtet wurden, aber sie sind auch erhebender Art, besonders diejenigen, welche an die Regierungszeit Peters des Großen erinnern. Am 4. Juni wurde in Moskau das 200jährige Jubiläum der Regimenter Preobraschenski und Semenow gefeiert; der Ursprung dieser Regimenter, welche den ältesten Stamm der russischen Armee bilden, ist eng mit dem Namen Peters des Großen verknüpft; das Preobraschenski'sche Garderegiment wurde aus den Compagnien gebildet, die Peter als elfjähriger Knabe im Jahre 1683 selbst aus seinen Spielkameraden formirt und einexercirt hat, und die Armee, mit welcher er Karl XII. bei Pultawa besiegte und den Grund zu der heutigen Machtstellung Rußlands legte, war nach fremden Vorbildern, zumeist nach dem brandenburgischen organisirt. Peter der Große hatte richtig erkannt, daß Rußland erst dann eine europäische Großmacht werden könne, wenn es sich mit fremden Elementen assimilire und als das bildungskräftigste darunter fand er mit sicherem Blick das deutsche heraus. Den Deutschen hat Rußland das Beste von dem zu verdanken, was es heute ist und leistet, und wenn Alexander III., der selbst mehr als zur Hälfte deutschen Ursprungs ist, sich dessen stets erinnert, dann wird er auch den richtigen Weg finden, auf welchem das im Innersten kranke russische Reich geheilt und reorganisirt werden kann. Der Panslavismus ist der schlimmste Feind der Zukunft Rußlands; nur die Kraft des deutschen Wesens, welche Peter der Große seinem Reich einflößte, kann und wird auch heute das Heilmittel gewähren, welches dem großen Reich die schon so lange entbehrte Gesundheit wiedergiebt.

Leipzig, 24. Juni 1883.

* In der unter dem Vorsitze des Staatsministers von Boetticher am 21. Juni abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths legte der Vorsitzende die Mittheilungen des Präsidenten des Reichstags vor über die Beschlüsse des Reichstags, betreffend den Gesetzentwurf über die Consulargerichtsbarkeit in Tunis; die am 19. April d. J. unterzeichnete Uebereinkunft mit Frankreich wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an Werken der Literatur und Kunst; den Gesetzentwurf wegen Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1884/85; den Gesetzentwurf wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichs-Eisenbahnen; den Bericht der Reichs-Schulden-Commission. Die Versammlung ertheilte ihre Zustimmung zu den von dem Reichstage in abgeänderter Fassung angenommenen Gesetzentwürfen wegen Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1884/85, wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres rc., sowie betreffend die Steuervergütung für Zucker. Den zuständigen Ausschüssen wurden zur Vorberathung überwiesen: die Beschlüsse des Reichstags zu dem Bericht der Reichsschulden-Commission; die Vorlage betreffend Aenderungen des Zolltarifs aus Anlaß des mit Italien abgeschlossenen Handelsvertrages; der Antrag von Schwarzburg-Rudolstadt betreffend die Erledigung einer Streitigkeit zwischen Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen. Dem Antrage Sachsens gemäß, genehmigte die Versammlung, daß die im §. 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 vorgesehenen Anordnungen für die Stadt Leipzig und den Bezirk der dasigen Amtshauptmannschaft vom 29. d. M. ab auf die Dauer eines weiteren Jahres getroffen werden dürfen. Die Versammlung erklärte sich einverstanden mit den Anträgen der Ausschüsse, betreffend die Zollbehandlung der in öffentlichen Niederlagen oder Privatlagern entleerten Umschließungen von Flüssigkeiten; die Ergänzungen der Anbaustatistik in Bezug auf Forsten und Holzungen; die Abänderung der allgemeinen polizeilichen Vorschriften über die Anlegung von Dampfkesseln vom 29. Mai 1871; die Anwendung des Gesetzes vom 1. Juli 1881 über die Erhebung der Reichsstempelabgaben; die Ermächtigung der Zollstelle zu Basel (Centralbahnhof) zur Ausfuhrabfertigung von Zucker. Schließlich wurde der Antrag Hamburgs wegen Bewilligung gemischter Privattransitlager von Bau- und Nutzholz in Hamburg genehmigt.

* Zur Lage wird der „Köln. Ztg." aus Berlin geschrieben: „Man soll das Fell des Bären nicht eher vertheilen, als bis man den Bären erlegt hat, heißt ein altes Wort. Die links und rechts stehenden Parteien sind dagegen eifrig an der Arbeit, in Beziehung auf die Nationalliberalen entgegen diesem Spruch zu handeln; sie prophezeien die Auflösung der Mittelparteien und machen sich deren Erbe streitig. Das letzte Wort werden wohl die Wähler sprechen und für die Landtagswahlen hat es bis dahin noch zwei volle Sessionen Zeit. Im Reichstag ist die Partei, Dank dem allgemeinen gleichen und directen Wahlrecht und dem Bündnisse der radicalen Elemente mit den Ultramontanen in früher nationalliberalen Wahlkreisen, auf ein so geringes Maß eingeschrumpft, daß sie kaum kleiner werden kann. Wir meinen, der unbefriedigende Verlauf der Reichstagsverhandlungen dürfte nicht zuletzt auf das Fehlen einer ausschlaggebenden Mittelpartei zurückzuführen sein. Wenn das Abgeordnetenhaus in der Steuerreform, der Verwaltungsgesetzgebung, den Eisenbahnbauten, der Canalvorlage und in einer Fülle von kleineren gesetzgeberischen Acten günstigere Erfolge aus seinen letzten Sessionsberathungen aufzuweisen hat, so verdankt es dieselben theils der Initiative, in allem aber der Mitwirkung der Mittelparteien. Der unfruchtbare, verneinende, auf die allgemeine Unzufriedenheit speculirende Radicalismus hat allerdings ein hervorragendes Interesse an deren Niedergang. Wir bemerken aber mit einiger Genugthuung, daß die ebenso extrem nach rechts stehenden öffentlichen Organe ihren Siegesruf schon wesentlich herabstimmen. Selbst die Kreuzzeitung ist zu der Einsicht gekommen, daß es doch wohl eine gemäßigt liberale Partei geben müsse. Ihre Anhänger haben mit jubelnder Zuversicht die Ultramontanen für ihre Wünsche hinsichtlich einer Revision der Gewerbeordnung gewonnen, und vor dem damit den radicalen Elementen in die Hand gegebenen Agitationsmaterial scheinen sie jetzt selbst zu erschrecken und für ihren Bestand zu fürchten. Sie haben dazu umso mehr Anlaß, als die Ultramontanen ihre Dankbarkeit für die Gefolgschaft in dem kirchenpolitischen Streit keineswegs durch Unterstützung conservativer Candidaten bethätigen; hier bleibt der Radicalismus der Verbündete ihrer Bundesgenossen. Die Zeit dürfte nicht so fern sein, wo die conservativen Parteien die ihr durch die Kreuzzeitung gekommene Einsicht zu dem lebhaftesten Wunsche erweitern und wo sie die Rückkehr des von ihnen jetzt noch so vielgeschmähten Herrn v. Bennigsen aufs Heißeste selbst ersehnen werden."

* Die Regelung der Apothekenfrage beschäftigt nicht nur die betheiligten Kreise, sondern auch die Reichsregierung schon seit etwa 14 Jahren, ohne daß man der Lösung näher gekommen wäre. In der kürzlich geschlossenen Reichstagssession war die Angelegenheit abermals zur Sprache gekommen, die deshalb aber eingereichte Eingabe nicht berücksichtigt worden. Den Bittstellern ist bei der Mittheilung von der Ablehnung des Gesuchs eine interessante Erklärung der Regierung zugegangen, in welcher es heißt: „Im vollen Bewußtsein der Bedeutung, welche der Frage der gesetzlichen Regelung des Apothekenwesens innewohnt, ist die Reichsverwaltung von Anfang an und immer von Neuem bemüht gewesen, eine gedeihliche Lösung der Frage herbeizuführen. Der bisherige Mangel eines Erfolgs hat seinen Grund allein in sachlichen Schwierigkeiten, und zwar namentlich in der Mannigfaltigkeit der theils rechtlichen, theils thatsächlichen Gestaltung und Entwickelung der Apothekerverhältnisse innerhalb der einzelnen Bundesstaaten und in der tiefgreifenden Verschiedenheit der Auffassungen, welche die betheiligten Kreise selbst beherrscht und in scharf sich gegenüberstehenden Vorschlägen über die Grundsätze, von welchen die künftige Gesetzgebung auszugehen habe, zu Tage tritt." (Die Erklärung nimmt nun die seit 1874 unternommenen bekannten Schritte des Bundesraths, namentlich die beiden erschienenen Gesetzentwürfe auf und fährt dann fort:) „Beide Gesetzentwürfe wurden auf Beschluß des Bundesraths zur öffentlichen Kenntniß gebracht und von allen Seiten einer eingehenden und lebhaften Kritik unterworfen, wobei wiederum sich die größten Meinungsverschiedenheiten herausstellten, so daß der Bundesrath im Jahre 1878 von einer einheitlichen, reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens vorläufig Abstand zu nehmen und eine weitere Klärung der Ansichten unter den Nächstbetheiligten abzuwarten beschloß, um für die beabsichtigte Gesetzgebung sicherere Anhaltspuncte als bisher zu gewinnen und die Nachtheile zu vermeiden, welche durch einen Fehlgriff oder ein Hin- und Herschwanken im gesetzgeberischen Vorgehen unvermeidlich eintreten müßten. Die erhoffte Klärung hat sich bisher nicht gezeigt, insbesondere ist auch in der vorliegenden Petition verwerthbares Material nicht zu erkennen."

* Ueber die Eisenbahnbauten, welche Rußland in seinen westlichen Provinzen vornehmen läßt, wird gemeldet: Die Arbeiten an der Ausführung der projectirten strategischen Eisenbahnlinien haben begonnen und es strömen aus Rußland mit jedem Tage größere Schaaren von Arbeitern herbei, um die begonnenen Eisenbahnbauten sobald wie möglich zur Vollendung zu bringen. Die in Litthauen im Bau begriffenen Bahnlinien sind in Bialystok-Baranowice, Wilna-Rowno, Pinsk-Homel. Im Königreich Polen hat das Bahnproject Siedlec-Malkin die Genehmigung des Kriegsministers erhalten und wird nun auch nächstens in Angriff genommen werden. In Podolien handelt es sich zunächst um Feststellung einer Bahnlinie zur Verbindung von Zmerynka, einer Station der Kiew-Odessaer Eisenbahn, mit der Stadt Chocin, die dann bis zur österreichischen Grenze verlängert werden soll.

* Die „N. Fr. Pr." theilt eine eigene Lesart über die Hindernisse mit, die bisher dem Gegenbesuche des Kaisers Franz Josef am italienischen Königshofe im Wege standen. Das Blatt erzählt:

Als König Humbert den Wunsch geäußert hatte, den Kaiser von Oesterreich zu besuchen, da befand sich der Letztere in Pest und telegraphirte sofort, er werde zur Vereinbarung näherer Umstände einen Erzherzog nach dem Hoflager in Monza schicken; der italienische Botschafter in Wien, Graf Robilant, wurde jedoch sogleich nach Pest geschickt, um mit dem Kaiser zu sprechen und ihm zu sagen, die italienische Regierung und der König selbst wünschten, um zu vermeiden, daß irgend eine störende peinliche Frage aufgeworfen werde, daß der Besuch in irgend einem Grenzorte oder vielleicht in Pest abgestattet werde. Kaiser Franz Josef aber hat nicht nur wiederholt, der König möge nach Wien kommen, sondern fügte hinzu, er und die Kaiserin wünschten auch die Königin zu sehen und versprachen ihr einen glänzenden Empfang. Gegenüber einer so überaus chevaleresken Zuvorkommenheit konnte sich die italienische Regierung nicht hinter die Frage verschanzen, wo der Gegenbesuch stattfinden werde. Man fühlte in Wien selbst, daß derselbe in Rom stattzufinden habe; da aber Kaiser Franz Josef ein katholischer Monarch ist, so ließ er selbstverständlich die Anschauungen des Papstes sondiren, fand jedoch hier starre, unbeugsame Negation. Er wendete alle seine Mittel und seinen Einfluß auf, um den Widerstand des Vaticans zu brechen, und that dies freiwillig und mit größtem Eifer, ohne von italienischer Seite darum gebeten worden zu sein. Die italienische Regierung ist daher dem Kaiser dankbar; sie erkennt in ihm einen Monarchen, der mit seiner Zeit zu rechnen weiß; sie begreift aber auch ganz gut, daß er als Haupt eines katholischen Hauses und Staates das Oberhaupt der katholischen Kirche nicht brüskiren kann. Alles Gerede von einer aus diesen Umständen entstandenen Verstimmung ist also falsch, wie es auch falsch ist, daß die peinlichen Vorkommnisse der letzten Zeit auf die Beziehungen der zwei Höfe irgend einen Einfluß gehabt hätten. Kaiser Franz Josef ist viel zu einsichtig, als daß er Leuten — wie Cangio, Pianciani u. A. —, die mit Rochefort Bündnisse abschließen, irgend welche Bedeutung beimessen würde. Störende Elemente sind überall vorhanden; die Frage ist nur, ob man sie niederzuhalten vermag, und da möge Europa versichert sein, daß der österreichische Monarch in Rom wie in ganz Italien von jener Seite keine Unannehmlichkeiten zu befürchten hätte.

Vorstehende Mittheilungen versichert die „N. Fr. Pr." von der vertrauenswürdigsten Seite empfangen zu haben.

* Am letzten Sonntag fand in Jassy die Enthüllung des Denkmals Stephan's des Großen statt. Zu derselben waren aus allen Theilen des Landes zahlreiche Deputationen erschienen. Die Minister, Vertreter der beiden Kammern, die Spitzen der Behörden und der Armee wohnten der Feier bei. Der König hielt eine durch stürmischen Beifall oft unterbrochene Rede, in welcher er die hohe Bedeutung jenes nationalen Helden in der Geschichte des rumänischen Volksstammes hervorhob und seiner kühnen, im Laufe einer vierzigjährigen Regierung vollbrachten Thaten im Kampfe für die Christenheit und die Unabhängigkeit des Landes gedachte. Gestützt auf diese glorreiche Vergangenheit hätten die Rumänen auch in den schwersten Zeiten nie an ihrer Zukunft verzweifelt. Die Rede gipfelte in dem Hinweis auf die von der Nation in der Gegenwart neuerrungene Stellung in Europa und in dem Gelöbniß, daß König und Volk eng mit